

Provinzialisierung

BRD im Zentrum des zweiten »China-Schocks«

Von Daniel Bratanovic

Die wirklich großen welthistorischen Veränderungen vollziehen sich derzeit nicht mit einem Schlag, sondern in Schritten, und sind nicht politischer, sondern ökonomischer Art. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze befand kürzlich: »Die industrielle Geschichte des Westens war das Vorwort zur industriellen Geschichte Chinas«. Die Geschichte der Moderne werde ab jetzt eine sinozentrische sein: »So sieht die Provinzialisierung des Westens aus.«

Die Beobachtung säkularer Trends ist sicher nicht das Geschäft der Politik, schon gar nicht das der Unternehmensführungen, selten das der Ökonomen. Leute dieses Schlags haben jetzt aber in einer Studie konkretisiert, welche Folgen die genannten Entwicklungen für die Bundesrepublik haben werden: »Deutschland ist das Epizentrum des zweiten China-Schocks«, schreiben Sander Tordoir und Brat Setser vom Center for European Reform.

Wo jetzt ein zweiter Schock Schaden anrichtet, muss zuvor ein erster für Verheerungen gesorgt haben. Voilà: Der Beitritt der Volksrepublik zur WTO 2001 hatte bald schon Auswirkungen auf die globale Textil- und Elektroindustrie. Die Folgen nicht zuletzt für die US-Ökonomie waren erheblich, ganze Landstriche dort wurden deindustrialisiert, die Präsidentschaft von Trump hat auch darin ihren Grund.

Jetzt steht die Bundesrepublik im Fokus der industriellen Erschütterungen, die von China ausgehen. Ganz neu sind die Befunde dabei nicht: Chinesische Unternehmen jagen in raschem Tempo ihren deutschen Konkurrenten gerade in deren Paradedisziplinen Automobil, Maschinenbau und Chemie auf dem gesamten Planeten Marktanteile ab. Die Exporte sind rückläufig, die Industrieproduktion liegt sechs Prozent unter dem Schnitt der Vor-Corona-Zeit, rund 400.000 Jobs wurden durch den Aufstieg von Chinas Exportwirtschaft bereits vernichtet.

Dabei sind solche Vorgänge wirtschaftshistorisch alles andere als unüblich und hatten ihren Ausgangspunkt auch schon mal in diesem Land. Solange aber die Exportwalze der Welt Deutschland hieß und andernorts Industrien niedermachte, hatten Kommentatoren hierzulande kein Problem mit den gravierenden Handelsbilanzüberschüssen der eigenen Volkswirtschaft zum Schaden der anderen. Bequem konnte bis dahin darauf verwiesen werden, dass Kapital nun mal dorthin zieht, wo die besseren Produktionsbedingungen herrschen. Blöd nun aber, dass dies für Deutschland nur mehr eingeschränkt gilt. Da hilft auch kaum der beleidigte Verweis auf die umfassenden Staatshilfen beim Ausbau der chinesischen Industrie – Staat und Kapital bilden auch andernorts ein symbiotisches Verhältnis.

Der staatliche beziehungsweise suprastaatliche Eingriff ist denn auch das einzige, was den Autoren der besagten Studie als Handlungsanweisung einfällt. Die EU müsse sich mit protektionistischen Maßnahmen stärker gegen China zur Wehr setzen, was im übrigen bereits geschieht. Protektionismus und Industriepolitik können indes so schnell nichts an der Tatsache einer tiefen internationalen Arbeitsteilung ändern. Welches Land in diesem hierarchischen Verhältnis die Spitzenposition einnehmen wird, ist das Geheimnis der gegenwärtigen geopolitischen Konflikte.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522897.provinzialisierung.html>